

Das neue Heft.
Jetzt gratis testen!

Weitere Informationen unter
www.zeit.de/leo



PREIS DEUTSCHLAND 5,30 €

DIE ZEIT

MIT CHRIST & WELT

Mit 6 Seiten
**CHRIST
& WELT**

6. SEPTEMBER 2018 N° 37

Diese Pille schluck' ich nicht



Medizin, die keinem hilft. Therapien, die schaden können. Und Ratgeber-Literatur, die Unfug verbreitet. Man braucht schon gute Abwehrkräfte, um der Übermacht falscher Versprechen zu widerstehen

32 SEITEN ZEIT DOCTOR



Tiefenreife Depressionsphotos



Lasst einander nicht im Regen stehen

Arroganz steht Protestanten nicht. Warum die Missbrauchsfälle beiden Kirchen schaden

Christ & Welt, Seite 2



Land unter auf Fidschi

Gott schickt die Flut, glauben viele im Südpazifik. Die Kirche will die Insulaner zur Vernunft bringen

Christ & Welt, Seite 3

KONZERT IN CHEMNITZ

Die tanzende Mehrheit

Warum Musik stärker sein kann als Politik **VON MORITZ VON USLAR**

In die Menge, die am vergangenen Montag in Chemnitz unter dem Motto »Wir sind mehr« ein Konzert gegen rechte Gewalt und gegen Rassismus feierte, hatten sich – dreist genug – auch ein paar junge Männer in klassischer Skinhead-Montur (New-Balance-Turnschuhe, Bomberjacken) gemischt. Offenbar wollten die Jungs einige der besten deutschen Bands auf der Bühne erleben. Sie wollten aber auch – dafür sprachen ihre höhnischen Blicke und Kommentare – die naive Kraft des Pop an der aufgeheizten politischen Realität in Sachsens drittgrößter Stadt zerschellen sehen.

Es kam anders. Nicht nur sind Musik-Acts wie die Chemnitzer Rockband Kraftklub oder eine Hip-Hop-Gruppe wie K.I.Z. aus Berlin musikalisch zu stark und zu routiniert in ihrer Bühnenshow, um nicht das ganz große Publikum – darunter auch ein paar Rechte – mitzureißen. An diesem Abend tat die gute alte universale Kraft des Pop ihre Wirkung: Auf einem Parkplatz in der Chemnitzer Innenstadt gab es an diesem Montagabend für ein paar Stunden keinen Platz für Zyniker.

Einen durchaus respektablen Politiker wie den sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer sieht man in diesen Tagen nach einer Position suchen, mit der er die notwendige Abgrenzung gegen die extreme Rechte vollzieht und gleichzeitig für die Klientel der AfD wählbar bleibt: ein oft bedrückendes Schauspiel.

Dagegen der Pop: 65.000 Menschen, aus ganz Deutschland angereist – und plötzlich war es möglich, dass eine Bühnensängerin wie »Liebe ist stärker als Hass« des Chemnitzer Dancehall-Künstlers Ronny Tretmann oder das reichlich unsubtile »Es gibt nur Arschlöcher oder Nicht-Arschlöcher, entscheidet euch!« des Sängers Jan Gorkow der Punkband Feine Sahne Fischfilet nicht kitschig oder läppisch klingt, sondern wie eine sehr ernsthafte, bedenkenswerte politische Botschaft. Was der Politik so schwerfällt – klare, mitreißende, humanistische Sätze zu sprechen –, das kann der Pop. Seit Jahrzehnten muss sich der Tote-Hosen-Sänger Campino für sein Engagement gegen rechte Gewalt als Margot Käßmann der Rockmusik verspotten lassen. Als er in Chemnitz mit dem Bassisten der Ärzte auf der Bühne stand, war er ein König.

www.zeit.de/audio

10 JAHRE NACH DER FINANZKRISE

Fußfessel reicht

Es wird Zeit, den verhassten Wirtschaftsliberalismus neu zu beleben. Sonst droht der nächste große Kollaps **VON LISA NIENHAUS**

Deutschland im September 2018 ist ein seltsames Land. Ökonomisch gesehen, könnte man die vergangenen acht Jahre im Kalender in Gold umranden. Die Wirtschaft wuchs stets. Die Arbeitslosigkeit sank und sank. Beinahe Vollbeschäftigung, raunen Ökonomen leise, als fürchteten sie, vor Begeisterung in Ohnmacht zu fallen, wenn sie es laut aussprechen. Gleichzeitig ist die Stimmung im Land aufgebracht. Es sind soziale Bewegungen, Politiker und Parteien im Aufwind, die etwas anderes wollen als das aktuelle System – wie überall auf der Welt. Diese Bewegungen haben unterschiedliche Ziele. Was ihnen gemein ist, ist die Richtung: antiliberal.

Wo ist nur der Liberalismus geblieben? Wo ist die kraftvolle Bewegung? Der Ton in der Welt im September 2018 ist autoritär. Ein wichtiger Auslöser dafür liegt zehn Jahre zurück. Am 15. September 2008 ging die amerikanische Bank Lehman Brothers pleite. Die Finanzkrise, die darauf folgte, war atemberaubend in ihrer Zerstörungskraft, sie war anarchisch und erschreckend. Und sie war unvorhergesehen. Der damalige amerikanische Notenbankchef Ben Bernanke nannte sie »die schlimmste Finanzkrise der Weltgeschichte, inklusive der Weltwirtschaftskrise«.

Ökonomisch gesehen, ist die Sache bislang halbwegs gut gegangen. Denn der Staat ist als Retter eingespungen und hat eine Eskalation wie während der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre verhindert. Psychologisch gesehen, ging es nicht so gut. Die Finanzkrise war die Ur-Erschütterung, die den Aufstieg der neurechten Bewegungen weltweit erst möglich gemacht hat. In den Jahren 2008/2009 ging das Vertrauen in die Eliten und in die bei ihnen vorherrschende Ideologie, den (Wirtschafts-)Liberalismus, verloren. Das Ideal einer Wirtschaft, die, befreit von Fesseln, schneller agieren kann und damit Kräfte freisetzt, die das Land reicher machen – dieses Ideal ist seit 2008 für viele Menschen ungültig geworden. Das gilt für die Neurechten wie für die Linke.

Durchaus auch zu Recht. In der Finanzkrise hat sich gezeigt, dass der Wirtschaftsliberalismus in einer Sache katastrophal falsch gelegen hat: Den Finanzsektor kann man nicht ähnlich stark liberalisieren wie andere Branchen, weil man ihn nicht genauso gefahrlos pleitegehen lassen kann. Eine insolvente Bank kann die Wirtschaft eines ganzen Landes zum Zusammenbruch bringen, ein insolventer Maschinenbauer nicht.

Nach der Finanzkrise bemühte man sich deshalb zuerst, die Freiheit der Banken und der Finanzwelt und ihre Spekulationslust zu begrenzen. Das war richtig so. Doch die antiliberalen Idee hat sich von dort aus selbstständig. Längst geht es nicht mehr nur um Banken. Längst geht es viel zu weit.

Da ist zum Beispiel Donald Trump, der eine Erkenntnis ignoriert, die fast alle Ökonomen dieser Welt teilen: dass freier Handel in der Regel gut ist für den Wohlstand aller beteiligten Länder (auch der armen). Der US-Präsident setzt auf die uralten Mittel des Protektionismus. Er verhängt Strafzölle, kündigt Handelsabkommen. Dabei kann er aus der Geschichte lernen, wie gefährlich das ist. 1930 verschärfte Amerika mit einem solchen Gesetz die Weltwirtschaftskrise dramatisch.

Hinzu kommt eine weitere Gefahr: In der Krise hat der Staat in nie da gewesenem Ausmaß die Macht im Finanzsystem übernommen. Gemeint sind die Notenbanken und ihre Billionen-Kaufprogramme von Anleihen. Auf dem Höhepunkt der Krise hat das geholfen, den Zusammenbruch zu verhindern. Aber es war ein Experiment, von dem niemand weiß, wie stark es die Finanzwelt verändert, wie sehr es Preise verzerrt und Märkte zerstört hat.

Es ist eine kluge Erkenntnis des Liberalismus, dass eine staatliche Steuerung ganzer Märkte regelmäßig schiefliegt und die nächste Krise auslöst. Das gefällt den Feinden der Freiheit spätestens dann nicht mehr, wenn es auch an ihr eigenes Portemonnaie geht.

www.zeit.de/audio

DER FALL KANDEL

Das Schweigen der Richter

Die Justiz muss ihre Entscheidungen besser erklären **VON HEINRICH WEFING**

Ein Mädchen, fünfzehn Jahre alt, ist tot, erstochen von ihrem Ex-Freund, einem Asylbewerber. Keine Strafe, wie drastisch auch immer, kann sie wieder lebendig machen, kann den Schmerz ihrer Angehörigen mildern.

Aber das ist auch nicht Zweck der Strafe. Sie soll, grob gesagt, zweierlei: den Täter davon abhalten, wieder gegen das Gesetz zu verstoßen. Und der Gesellschaft zeigen, dass der Rechtsstaat Unrecht nicht duldet.

Achteinhalb Jahre Jugendstrafe hat der Mörder der Schülerin von Kandel bekommen, anderthalb Jahre weniger, als die Staatsanwaltschaft beantragt hatte. Das hat Unverständnis und Unmut ausgelöst, auch fette Schlagzeilen. Warum das Gericht nicht die Höchststrafe verhängt hat, wird die Öffentlichkeit nicht erfahren, weil in Jugendsachen die Urteilsbegründung komplett unter Verschluss bleibt. So will es das Gesetz, das selbstredend auch für Asylbewerber gilt. Zur Befriedung aber trägt dieses Schweigen nicht bei.

Mehr noch als andere Institutionen ist die Justiz auf das Vertrauen der Bürger angewiesen. Es wird immer Schelte für »Schandurteile« geben, und natürlich darf das gesunde Volksempfinden, oder was der Boulevard dazu erklärt, nicht Richtschnur des Rechts sein. Eine Rechtsprechung aber, die allzu oft auf Unverständnis stößt, die den Einklang mit der Bevölkerung einbüßt, in deren Namen sie Recht spricht, droht an Legitimation zu verlieren.

Noch genießt die Justiz in Deutschland hohes Vertrauen. In vielen Fragen jedoch, die mit der Flüchtlingskrise zu tun haben, gibt es Anzeichen für eine Erosion. Manches fließt da zusammen, was juristisch nicht zusammengehört, wohl aber politisch: straffällige Migranten, die bleiben dürfen; Abschiebungen, die nicht durchgesetzt werden; Verwaltungsgerichte, die unter einer Asylklage-Flut an den Rand des Stillstands kommen; und, wie in Kandel, vermeintlich zu milde Urteile.

Das Beste am Rechtsstaat ist seine Fähigkeit, Fehler zu erkennen und abzustellen. Dazu gehört auch, besser zu kommunizieren. Wenigstens im Kern zu erklären, warum Entscheidungen fallen – auch in Fällen wie dem in Kandel. Justitia ist blind. Aber nicht stumm.

www.zeit.de/audio

Zwitschern, Brüllen, Kotzen
Twitter ist die perfekte Bühne für große Jungs mit Geltungsdrang

Seite 47

PROMINENT IGNORIERT



Unterm Dach

Bei Arbeiten an der Domvorhalle in Goslar fand ein Dachdecker die Flaschenpost seines Großvaters, der ebenfalls Dachdecker war und sie 1930 unter dem Dach deponiert hatte. Er beklagt die schweren Zeiten und hofft, »dass unsere Nachkommen dies Schreiben in einer besseren Zeit vorfinden«. Sein Wunsch ging in Erfüllung. Ob der Enkel die Flasche mit der guten Nachricht retour schickt? Es käme auf einen Versuch an. **GRN**

Kleine Bilder (v. o.): Emiliano Ponzi; Benjamin von Brackel; Julian Stratenschulte/dpa

Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, 20079 Hamburg
Telefon 040 / 42 23 70 70, E-Mail: DieZeit@zeit.de, Leserbefragung@zeit.de

ZEIT ONLINE GmbH: www.zeit.de; ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de

ABONNEMENTSERVICE:
Tel. 040 / 42 23 70 70,
Fax 040 / 42 23 70 90,
E-Mail: abo@zeit.de

PREISE IM AUSLAND:
DK 53,00/FIN 8,00/E 6,50/
CAN 6,80/F 6,50/NL 5,70/
A 5,40/CH 7,50/I 6,50/GR 7,10/
B 5,70/P 6,80/L 5,70/H 2300,00

N° 37

73. JAHRGANG C 7451 C



4 190745 105309 37